

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 23.

Leipzig, den 6. Juni.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Erklärungen in Betreff der Baarenbeschauer. — Gefährliche Enthüllungen. — Die Volkspartei im Zollparlament. — Aus England. — Beilage: Johann Jacoby zum demokratischen Programm. — Rechtfertigung des Herrn Wilhelmi. — Das polnische Monument in der Schweiz.

Politische Uebersicht.

Das „Zollparlament“ ist nach eintägigem Rausch und zweitägigem Auschlafen des Magenjammers, nach Ausscheidung der südwestdeutschen Hospitanten und Witkneipanten, wieder zum „Leerparlament“ geworden. Nicht hundert Mann waren bei Berathung des Schuldhaftgesetzes zugegen, und wenn Niemand auf Auszählung antrug, so geschah es nur aus Mitleid mit den armen Schuldgefangenen, die auf diese Weise auch glücklich in Stand gesetzt wurden, die Pfingstfeiertage außerhalb der Gefängnißmauern zuzubringen. —

Wir veröffentlichen an anderer Stelle einen Brief Jacoby's über die Organisation der demokratischen Partei. Hoffen wir, daß Jacoby jetzt endlich aus der Fortschrittspartei austreten, und ihr dadurch die Stütze seines Namens entziehen werde. —

Um die Franzosen, die man in Berlin bekanntlich nicht fürchtet, etwas freund-nachbarlich zu stimmen, sollte ein Regiment Hessen nach Mainz verlegt werden. Dieser Plan mußte jedoch aufgegeben werden, weil große Reibungen zwischen den hessischen und preussischen Soldaten zu besorgen waren. Es weist dies ein hübsches Streiflicht auf den vielgerühmten „kameradschaftlichen Geist“, der die verschiedenen Contingente des Nordbundesheeres beseelen soll. Und wenn es so um die Hessen steht, könnte man fragen, die der preussischen Armee so gut wie einverleibt sind, wie mag es erst um die Bayern, Würtemberger und Badener stehn?

Mittlerweile spuckt die „Mainzer Frage“ in den Zeitungen fort, und sie hat sogar in der „Landauer Frage“ ein unbehagliches Schwesterchen bekommen. Die Pandorabüchse, die 1866 geöffnet wurde, ist noch lange nicht geleert.

In Hannover wollten die Anhänger des depöfundirten oder „expropriirten“ Fürsten, das heißt sämtliche Einwohner mit Ausnahme von ein paar Hundert Nationalliberalen, den Geburtstag desselben durch ein großes „Garten- und Kinderfest“ feiern, allein diese harmloseste Loyalitätsäußerung erschien der harten preussischen Regierung doch gefährlich, und das bereits begonnene Fest wurde auf telegraphischen Befehl von Berlin plötzlich verboten, und die versammelten Tausende durch die Polizei auseinandergetrieben, was natürlich das beste Mittel

ist, die Herzen der Hannoveraner dem König von Preußen zuzuwenden. —

Unterdessen fährt der „Nordbund“ fort, seine Centrifugalkraft zu bethätigen. „Der Auswandererstrom über Bremen“, so schreibt die „Deutsche Volksztg.“, „ergießt sich fort und fort in beklagenswerther Fülle. Zu den 23,756 Personen, welche vom 1. Januar bis 11. Mai d. J. ihren Weg über Bremen nach Amerika nahmen, werden in diesem Monat noch 3—4000 Menschen kommen; für die 9 Dampfer aber, welche im Juni nach Baltimore und New-York gehen, sind bereits 7000 Passagiere angemeldet; und es sind kaum noch Zwischendeckplätze für die Junifahrten zu erlangen. Die Auswanderung scheint eine ebenso nationale Eigenthümlichkeit für Deutschland werden zu sollen, wie es für Irland ist.“ —

Wir rathen Herrn Böck, in seinen beabsichtigten Reden über die Segnungen des Norddeutschen Bundes diese Statistik doch ja nicht zu vergessen.

Die diesjährige Musterung in Nordschleswig hat ein klägliches Resultat ergeben. Von den 977 Militärpflichtigen in Flensburg erschienen nur 240, — der größte Theil der Nicht-erschiedenen ist militärflüchtig — und dieser Rest muß ein wahrhafter Ausschuß gewesen sein, denn nur 36 wurden für brauchbar befunden. In den ländlichen Bezirken war es kaum besser; von 978 erschienen nur 543, unter welchen sich 83 für den Militärdienst qualifizirten. —

Ueber den verstorbenen österreichischen Abgeordneten Mühlfeld schreibt die „Neue Freie Presse“: „Unser Abgeordnetenhaus hat eines seiner begabtesten Mitglieder, eine unermüdete Arbeitskraft, eine Capacität ersten Ranges, einen Redner von ungewöhnlichem Schwunge, verbunden mit Gedankenkraft, Schärfe und Eindringlichkeit, die juridische Welt einen der scharfsinnigsten, schlagfertigsten und siegreichsten Bertheidiger verloren. Dr. Eugen Alexander Megerle v. Mühlfeld ist in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag (um 1 Uhr) im 58. Lebensjahre gestorben. Der Verschiedene war im Jahre 1810 in Wien geboren, studirte an der hiesigen Universität und verließ, nachdem er die juridischen Studien vollendet hatte, die Stelle eines Supplenten der Philologie an der Wiener Universität. Zu Anfang der vierziger Jahre wurde er Advokat in Wien und erlangte als solcher bald einen ebenso ehrenvollen als ausgebreiteten Ruf. Im Jahre 1848 sendete ihn seine Vaterstadt als Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt. Im Jahre 1861 wurde er von der inneren Stadt Wien in den niederösterreichischen Landtag und von diesem in das Abgeordnetenhaus des Reichsraths ge-

wählt. Bekanntlich saß er dort auf der Linken und gehörte zur größtenteils reichlichen Partei; er war in dem Kreise der Centralisten ab und zu Führer, nicht selten aber der taktische General, welcher den parlamentarischen Kampf zu Gunsten seiner Gesinnungsgenossen entschied. Alle Mitglieder des Hauses, sowie die Herren auf der Ministerbank blickten unverwandten Auges auf den Redner, wenn Mühlfeld sich erhob, um sein entscheidendes Wort in die Waagschale zu werfen; und doch war er kein Redner, welcher bestechenden Eigenschaften seine Siege verdankte. Sein Organ entbehrte des einschmeichelnden Wohlklanges und beinahe jeder Modulationsfähigkeit, es tönte hart und trocken, die Worte schlugen in gleichmäßigen Intervallen wuchtig an das Ohr der Zuhörer, als seien sie gebraucht, nicht um den Gegner zu überreden, sondern zur Umstimmung seiner Meinung zu zwingen. Seine Reden wirkten lediglich durch die Kraft der Gründe und durch die unerbittliche Konsequenz, mit welcher diese zu Beweisen zusammengeschlossen waren, welche keinem Einwande eine Lücke boten. Der Redner ersparte den Gegnern keinen der Gründe, er that Niemandem die Ehre an, seine Beweise auf Voraussetzungen aufzubauen, welche der Andere in sich tragen mußte, er behandelte jeden Gegenstand erschöpfend. So ging er Schritt für Schritt, langsam aber sicher zum Ziele. Selten beschleunigte er seine Redeweise und nur in äußersten Fällen, dann aber geschah dies mit der ganzen Leidenschaft eines Verstandesmenschen, der von dem, was er als wahr erkannt, so besetzt ist, daß er sich weder darüber hinaus, noch davon abdrängen läßt. Mühlfeld war der hervorragendste Gegner des Concordats, gegen welches er den Kampf bereits von sieben Jahren, unter der Schmerling'schen Regierung, damals noch isolirt, eröffnete. Im vorigen Jahre stellte er bekanntlich den Antrag auf einfache Aufhebung des Concordates, von welchem indes das Haus zu Gunsten einzelner, das Concordat durchbrechender Gesetze absah. Die nunmehrige erfolgte Sanctionirung dieser Gesetze (Schul-, Ehe- und interconфессионаles Gesetz) trägt das Datum von Eugen von Mühlfeld's Todestag." —

Die Nachricht von der Bildung polnischer Insurgentenbanden an der galizischen Grenze wird für unwahr erklärt. Jedenfalls ist sie verfrüht. Die Genauigkeit, mit der die preussisch-russischen Regierungsblätter jedes Lebenszeichen der polnischen Nationalität notiren, verräth nicht bloß Angst, sondern auch das böse Gewissen. —

Die österreichischen Pässe an politische Flüchtlinge spielen in der Schweiz schon wieder ihre Rolle. Der Berner Correspondent nämlich des „Genfer Journals“ macht darauf aufmerksam, daß in der nächsten Zeit mehrere bisher in der Schweiz wohnende polnische Flüchtlinge das Land verlassen haben, um sich mit Pässen von der österreichischen Gesandtschaft in Bern versehen nach Galizien zu begeben; dieselbe Erscheinung soll sich in Frankreich und Italien zeigen. Die österreichischen Pässe werden ihnen aber nur erteilt, wenn sie den Beweis geliefert haben, daß sie wirklich politische Flüchtlinge sind. — In den diplomatischen Kanzleien zu Bern finden neuerdings die nordischen Großmächte eine recht aufmerksame Bedienung. —

Wie es heißt, will Prinz Humbert von Italien in Berlin einen Gegenbesuch machen; und sind in Rumänien preussische Kanonen angelangt. Lauter „Friedenszeichen“. —

Aus Frankreich hören wir von einer kleinen Meute im Pariser Studentenviertel, „der Löwe des Quartier Latin“ erwacht; und das hat den Gewalthabern noch stets Schlimmes bedeutet. Karl X. und Louis Philipp wissen davon zu erzählen. Im Uebrigen der alte Druck, die alte Corruption, die alte Soldatenwirthschaft, das alte Spiel mit Frieden und Krieg.

Die Frage der Todesstrafe hat in der Schweiz in der letzten Zeit ein eigenthümliches Schicksal erfahren; Freiburg hat neulich mit 49 gegen 32 Großrathsstimmen die bereits abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt, in der Waadt haben unter Namensaufruf 82 Großrathsmitglieder für und 92 gegen ihre Abschaffung gestimmt, während als zweifellos anzunehmen ist, daß der Züricher Verfassungs Rath sie beseitigen wird. —

Ein Telegramm aus Athen meldet: „Die kretischen Abgeordneten verlangen von der Regierung anerkannt und in die Kammer eingeführt zu werden. Der türkische Gesandte droht, seine Pässe zu begehren, falls die Kammer die kretischen Abgeordneten zuläßt; die übrigen Gesandten, mit Ausnahme der russischen, unterstützen dessen Note.“ Die Bedeutung der Nachricht liegt bloß darin, daß Rußland die „kretischen Abgeordneten“, das ist, die sich so nennenden kretischen Flüchtlinge, unterstützt. —

Der Prozeß gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten ist zwar noch nicht beendigt, aber da nun noch auf 2 andre Punkte die Freisprechung erfolgt ist und zwar ebenfalls mit 35 gegen 19 Stimmen, so ist an einer vollständigen Freisprechung nicht zu zweifeln; und der Kriegsminister Stanton, dessen Entfernung durch Johnson einen Hauptgrund der Anklage bildete, hat seine Entlassung genommen, und ist provisorisch durch General Thomas ersetzt worden. Was die Wirkungen der Freisprechung betrifft, so fangen die Gegner der großen Republik an zu begreifen, daß sie dieselbe sehr überschätzt haben. Zunächst ist die Thatsache ins Auge zu fassen, daß, wenn auch die zur Verurtheilung nöthige Zweidrittelmajorität nicht vorhanden ist, doch 35 Mitglieder des Senats gegen und bloß 19 für Johnson sind, er also in der Majorität des Senats stets einen Damm, und zwar einen undurchbrechbaren Damm, gegen alle verfassungswidrigen Bestrebungen finden wird. Der erste Gewaltakt würde unsehbare nicht bloß einen neuen Prozeß; sondern sogar aller Wahrscheinlichkeit nach die sofortige Verhaftung des Präsidenten zur Folge haben. Auch auf den Süden der Union ist ein nachtheiliger Rückschlag nicht mehr zu befürchten, seit der größte Theil der ehemaligen Rebellenstaaten sich den Bedingungen der Rekonstruktionsbill gefügt hat, und auf den Boden des Gesetzes und der Verfassung zurückgekehrt ist. Einige kleine Negerleien — das ist das Höchste, wozu Johnson es noch bringen kann, und selbst dies wird ihm bald unmöglich gemacht werden, denn die Tage seiner Präsidentschaft sind gezählt, und der Bürger-General Grant, der Bezwinger Richmond's, den die maßgebende Convention von Chicago als Präsidentschafts-Candidaten aufgestellt hat, wird der Rebellion im Frack ebenso sicher das Genick brechen, wie weiland der Rebellion im Militärrock. —

Die Nachricht, Juarez sei durch einen Aufstand vertrieben worden, ist bereits widerrufen. Nie war Mexiko so ruhig und so glücklich. Die „New-Yorker Handelszeitung“ sagt: „Es ist Thatsache, daß gegenwärtig in Mexiko sich Regierung und Volk ganz vortrefflich machen, daß die Schildebungen verschiedener Bandenführer in Sinaloa und anderswo ohne große Mühe unterdrückt sind und daß im Ganzen eine Ruhe und Sicherheit herrscht, wie sie Mexiko seit Langem nicht gekannt hat.“ —

Aus Brasilien wird gemeldet, die Kaiserliche Regierung habe den Sturm auf das verschanzte Lager der Paraguiten befohlen. Mit Befehlen „aus der Ferne“ ist da leider nichts gethan. Die verbündete Armee muß froh sein, wenn sie ihrerseits nicht angegriffen wird, und die Vermuthung liegt nah, daß der anbefohlene Sturm nur die Einleitung zu einem anständigen Rückzug sein soll. Dies ist um so wahrscheinlicher.

der, als die Uruguiten und Argentinier schon Miene machen, von der Allianz zurückzutreten, und die Nordamerikanische Republik gegen den Krieg Protest erhoben hat. Jedenfalls stehen die Dinge für das Kaiserreich Brasilien sehr schlecht, und das Ende der letzten Monarchie auf Amerikanischem Boden dürfte nicht mehr fern sein.

Diese Woche wurden die sächsischen Kammern verabschiedet. Die Thronrede rühmt, daß die Stände die ihnen obliegende Aufgabe, den durch Anschluß an den Nordbund veränderten Verhältnissen eine neue Grundlage zu geben, und die innern Verhältnisse der neuen Ordnung anzupassen, gelöst hätten. Am wichtigsten ist die Stelle, in welcher der Beschluß der zweiten Kammer auf Abschaffung der Todesstrafe trotz des entgegenstehenden Votums der ersten Kammer für gültig erklärt wird. Wenn man hieraus den Schluß zieht, die Todesstrafe könne nach diesem Vorgehen Sachsens nicht in das neue Bundesgesetzbuch aufgenommen werden; da es doch unmöglich sei, daß man sie wieder bei uns einführe, so ist das allerdings etwas kühn. Sehr viel Gutes hat Preußen aus „Einheitsdrang“ in den kleinen Staaten abgeschafft, aber noch nichts Schlechtes.

Am Donnerstag (den 4. ds.) sollte im „Reichstag“ die Schlußberatung über den wichtigen Antrag des Abgeordneten Reinde statt haben. Derselbe lautet:

„Es möge in die Verfassung des norddeutschen Bundes nach Artikel 23 nachstehender Artikel eingefügt werden: „Art. 23a. Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht, innerhalb der Grenzen ihres Kommissoriums die geforderte Unterstützung zu gewähren.“ Nächster Zweck des Antrags ist, durch solche Kommissionen über die Lage der arbeitenden Klassen ein zuverlässiges statistisches Material zu erlangen. Man befürchtete, daß die Schlußberatung wegen Abwesenheit einer genügenden Mitgliederzahl verschoben werden würde — eine Befürchtung, die um so begründeter erscheint, wenn man bedenkt, daß alle Parteien des Reichstags, die „fortschrittlichen“ wie die rückschrittlichen, den Arbeitern feindlich sind, und jede Diskussion der socialen Frage zu verhindern wünschen.

Die Nummer 9 der „Arbeiterhalle“ bringt folgende

Erklärung:

Glauchau, 4. April. (Verspätet. D. S.) In Nr. 4 der „Arbeiterhalle“ befindet sich das Referat eines Berichtes, welchen Herr Bebel am 17. Februar im Arbeiterbildungsvereine zu Leipzig als Resultat einer Reise im Erzgebirge gegeben hat. Wir halten es nicht für der Mühe werth, auf eine specielle Widerlegung der Gehässigkeiten, welche so vielfach im Bericht angegriffen sind, einzugehen, oder den wahren Zweck desselben zu kennzeichnen.

Wir greifen nur die eine Behauptung, daß die hiesigen Fabrikanten ihren Waarenbeschauern „Tantiemen“ von den gemachten Abzügen gewähren, heraus und erklären diese als eine große Unwahrheit.

Wir fordern Herrn Bebel auf, den Beweis für seine Behauptung dadurch zu liefern, daß er diejenigen Firmen, welche dies thun, öffentlich nennt; im Unterlassungsfalle würde sich

Herr Bebel, gelind gesagt, der Verbreitung von Unwahrheiten schuldig gemacht haben.

Die Waarenbeschauer:

C. F. Weiskönig. H. F. Kapp. J. Kober. Philipp Franz. C. A. Winkelmann. H. Eppler. Julius Augustin. A. Gerstäcker. C. Neumuth. H. Aug. Güßler. C. Otto Voigt. C. F. Lohse. G. Patich. F. Frommhold. F. W. Wolf. Aug. Rück. H. Bähr. Moriz Kleinienst. F. Schönherr. H. A. Ernst. C. L. Wilhelm. D. Thiemig. Herrm. Engel. Gran. C. F. Günther. Eduard Walthert. A. F. Blaubut.

Gegen-Erklärung:

Eine Anzahl Waarenbeschauer, Glauchauer Fabrikanten, 27 an der Zahl, greifen in der letzten Nummer der „Arbeiterhalle“ einen Bericht an, den ich im Leipziger Arbeiterbildungsverein über die Zustände der sächsischen Weberbevölkerung gegeben und der in Nr. 4 der „Arbeiterhalle“ abgedruckt ist.

Die Herren erklären, es nicht der Mühe werth zu halten, die dort ausgesprochenen Gehässigkeiten, wie sie den Bericht von Thatsachen zu nennen belieben, zu widerlegen, oder den Zweck desselben zu kennzeichnen; bezeichnen die Behauptung, daß die Waarenbeschauer Tantiemen von den gemachten Abzügen erhalten sollen, als eine Unwahrheit, und fordern mich auf, Beweise zu bringen, falls ich mich nicht „gelind gesagt“, der Verbreitung von Unwahrheiten schuldig machen wolle. Die 27 Herren haben keine Ursache, sich allzusehr auf das hohe Pferd zu setzen. Die Behauptungen über die gedrückte Lage der sächsischen Weberbevölkerung halte ich in ihrem ganzen Umfange aufrecht, diese zu bestreiten zeugt entweder von kolossaler Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse oder von bösem Willen, die Wahrheit einzugestehen. Was ich nach jenem Bericht in Nr. 4 gesagt, ist weit schärfer, weit ausführlicher in einer Reihe von Artikeln des in Leipzig erscheinenden „Demokratischen Wochenblattes“ niedergelegt und theilweise von Arbeitervereinen zur Bestätigung der Wahrheit unterzeichnet. Warum schweigen die Herren hierüber, da ihnen diese, wie ich bestimmt weiß, sehr genau bekannt sind und ihren großen Zorn erregt haben? Damit auch die Leser der „Arbeiterhalle“ hiervon ein Bild erhalten, werde ich einige der mir neuerdings zugesandten Artikel veröffentlichten.

Die Behauptung, daß alle Waarenbeschauer von den gemachten Abzügen Tantiemen erhalten, ist, wie ich gerne zugeben will, zu weitgehend. Nach den mir vorliegenden Briefen aus Meerane, Hohenstein-Ernstthal, Lungenau, Glauchau und dem Müßengrunde wird bestätigt, daß eine Vertheilung von Tantiemen von den Lohnabzügen, oder dem Reingewinn des Geschäfts, was auf dasselbe hinausläuft, vorkomme, und werden auch einzelne Firmen genannt. Alle meine Gewährleute erklären aber eine allenfällige Beweisführung vor Gericht nicht antreten zu können, da diese bei dem notorischen Zusammenhalten der Fabrikanten und Kaufleute ihren Ruin zur Folge haben werde, indem ihnen die Arbeit entzogen würde; auch sei die Abmachung wohl eine so schlau eingefädelte, daß eine juristische Beweisführung durch die Arbeiter unmöglich sei. So viel steht fest, daß der Glaube an diese Tantiemenvertheilung unter der dortigen Bevölkerung die allgemeine Verbreitung hat und für die 27 Herren durchaus kein Geheimniß ist.

Da aber, wie mir bestimmt versichert worden ist, eine Rennung von Firmen Veranlassung zur Einleitung eines Prozesses gegen mich sein soll, ich alsdann gezwungen würde, um den Beweis der Wahrheit antreten zu können, diejenigen zu nennen, welche mir jene Thatsachen mitgetheilt, dadurch die Existenz jener Leute, die ich als Ehrenmänner kenne, in Frage gestellt würde, so erkläre ich hiermit:

ich verzichte auf eine Beweisführung der von mir behaupteten Thatsache der Tantiemenvertheilung an Waarenbeschauer, nehme den Vorwurf, „mich der Verbreitung von Unwahrheiten schuldig gemacht zu haben“, ruhig auf mich und überlasse es den Lesern der „Arbeiterhalle“ sich ihr Urtheil nach Belieben zu bilden.

Berlin, den 21. Mai 1868.

Bebel.

Erklärung:

Glauchau, den 25. Mai 1868. Auf die Erklärung der Glauchauer Waarenbeschauer thue ich Ihnen folgende Thatsache kund: Ich machte zur Zeit, wo es etwas an Arbeit mangelte, bei einem Meister 2 Stück Popeline für Herrn J. F. Schädel jun. hier (Waarenbeschauer: der in der „Arbeiterhalle“ mitunterzeichnete H. Augustin). Der ganze Lohn für 30 Ellen, woran man gut 3 Tage zu arbeiten hat, war 1 Thlr. 10 Ngr., davon 7—9 Groschen Auslage ohne das Scheeren. Und als der Meister lieferte, sollte es geschlichtet sein und wurde für jedes Stück 5 Ngr. Abzug gemacht. Die Meisterin sagte, daß es nicht geschlichtet sei, worauf der Principal sagte, er werde es appetiren lassen, wäre es nicht der Fall, so sollte sie den Abzug zurück bekommen. Aber als sie später darnach fragte, war die Antwort: Oben liegt's; es ist ganz verschmiert. (Kann denn eine Waare „verschmiert“ sein, wenn sie nicht geschlichtet ist?) Was man von Herrn Augustin denken soll, überlasse ich jedem selbst zu beurtheilen, denn wenn ein Lehrling ein halbes Jahr bei der Weberei gewesen ist, weiß er, was geschlichtet ist oder nicht.

Der Meister war gezwungen das Unrecht über sich ergehen zu lassen, denn wenn er sein Recht suchte, war es um die Arbeit geschehen.

Ich stehe für das Geschriebene ein.

(Folgt die Unterschrift.)

Im Fall Herr Augustin den Betreffenden wissen will, wenden Sie sich an mich, ich stehe für Wahrheit und Person ein. Leipziger Vorstadt 21. W. Baumann.

Im „Schönburgischen Anzeiger“ stand folgende Annonce: Auf die Erklärung der Glauchauer Waarenbeschauer in der „Deutschen Arbeiterhalle“ stellen wir die Frage: warum gerade vor Weihnachten die meisten Abzüge gemacht werden? Mehrere Weber-Meister.

Gefährliche Enthüllungen.

In früheren Zeiten war es Brauch bei den Regierungen, den Zustand der Finanzen, des Heeres und ähnlicher auf die äußere Machtstellung ihrer Staaten einflußreicher Umstände so weit nur immer möglich in Dunkel zu hüllen. An der Börse gingen die Staaten zu jenen Zeiten noch nicht als Supplicanten einher. Sie konnten daher auch der öffentlichen Beweise ihres Wohlverhaltens entbehren, die sie jetzt in Form öffentlicher Rechenschaftsberichte aufweisen müssen, wenn sie vom Kapitalmarkte Unterstützung hoffen wollen. Wie in der Zeit des Faustrechts die Privatreichthümer möglichst verborgen wurden, um nicht die Habgier der überall aufslauernden Herren vom Stegreif anzulocken, so war gleiche Vorsicht in der Zeit des internationalen Faustrechts für die Staaten gar wohl am Plage. Aengstlich hütete man das eigentliche Naderwerk des Staats vor dem Einblicke länderstüchtiger Nachbarn und Rivalen. Die Regierung trug in Folge dessen wesentlich den Charakter einer Wahrung von Geheimnissen (in deren Auskundschaffung sich die Statistil d. h. die Kunst der Diplomaten

abmühte); alle die bei der Regierung in einer Weise beschäftigt waren, welche ihnen einen Blick in wichtige Staatsverhältnisse gestattete, wurden nicht nur durch Verpflichtung zum Stillschweigen darüber angehalten, sondern auch durch ihren Titel in jedem Augenblicke an diese Verpflichtung erinnerte. Woja hießen sie denn sonst: Geheime Räthe, Geheime Finanz-, Kriegs- und Geheimreferendarien, Sekretarien u. s. w. bis zu den Geheimen Kanzlisten herab?

Der gesicherte Zustand des Privatrechts hat uns die Aengstlichkeit früherer Jahrhunderte in Bezug auf Privatverhältnisse abtumpfen lassen, und ein fast funfzigjähriger europäischer Friede hat auch in Bezug auf Staatsangelegenheiten eine in gleichem Sinne veränderte Praxis zur Folge gehabt. Die Regierungen sind im Vergleich mit früher außerordentlich mittheilhaft geworden. Die parlamentarische Regierungsform, obwohl sie in manchen Dingen anstatt der auswärtigen Wävalen inländische Aufpaffer gebracht hatte, denen man nicht immer alles haarklein darlegen mochte, hat doch im Ganzen den Drang der Mittheilhaftigkeit eher gefördert als gehemmt. Man bedurfte jetzt der Oeffentlichkeit zur eignen Rechtfertigung, manche werden sagen zur Selbstverherrlichung. Sind doch die Zeitungsschreiber gegangen, denen sie früher gar zu gern das Handwerk gänzlich gelegt hätten!

Für die Staatsbürger ist der moderne Wettstreit ihrer Vertreter und Regenten, sie über die wahren Verhältnisse ihres Staats aufzuklären, gewiß recht vortheilhaft gewesen. Aber die Sache hat auch ihre Rehrseite. Man irrt, wenn man die alten Rücksichten als gänzlich veraltet ansieht. Sie sind es nur insoweit, als die Befürchtungen, denen sie ihr Entstehen verdanken, als Antiquitäten betrachtet werden mögen. Sowie die Unsicherheit des Privateigenthums sofort alle die mittelalterlichen Schutzvorkehrungen — Umfegung in möglichst leicht zu transportirende und zu verbergende Gegenstände, Schätze vergraben u. c., wiederaufleben läßt, so muß auch die Rücksicht zum internationalen Faustrecht, zur Erobererwirthschaft, zum vertrauensvollen Offenlegen der staatswirthschaftlichen Verhältnisse, dem Anlegen der fürstlichen Reichthümer in leicht occupirender Form ein Ende machen. Aber die Eroberer selbst sind gewöhnlich schneller bei der Hand, die Blößen derjenigen, welchen die neuen Verhältnisse wie ein Wolkenbruch über den Hals kommen, auszunutzen, als diese im Stande sind sich eine entsprechende Haltung anzugewöhnen — Beweis das Verhalten Sachsens in und seit dem Jahre 1866, neuer Beweis, die in einer der letzteren Sitzungen unseres Landtages von unserm Finanzminister gegebene öffentliche Darlegung der Vermögensverhältnisse des Königreichs Sachsen.

Es war gewiß recht ehrlich und gut gemeint, wenn Herr Friesen die sächsischen Staatsgläubiger und diejenigen, welche es durch Abnahme der neuen Eisenbahnleihe werden wollen, wegen des Unterpariandes der sächsischen Bierprozentigen herubigen und den frühern allerdings unerhörten Cours der letzteren von 91—92 gegen die Deutung einer zweifelhaft gewordenen Solvenz des sächsischen Staats sicherstellen zu müssen gezwungen hat. Ob es aber klug war, in jetziger Zeit so selbstgefällig herzuführen, wie viel Geld der sächsische Staat auch nach dem starken Ueberlasse durch den Krieg noch im Beutel habe? Können sächsische Patrioten, die etwas Wunder wie Verdienliches zu thun glauben, wenn sie fremden Machthabern Reichthum ins Gesicht sagen: „Die zehn Millionen Contribution thut uns noch lange keinen Schaden!“ Als wenn nicht ein ähnliches „Dichtthun“ in früherer Zeit uns erst die abnormen Opfer zugezogen hätte, mit welchen wir im Jahre 1866 bestraft worden sind. Oder wäre das kein abnormes Verhalten?

nist, daß Sachsen halb so viel Friedenskontribution zahlte als Oesterreich, welches durch den Frieden seine drei reichsten Provinzen restituirt erhielt? Daß Sachsen doppelt so lange als Oesterreich seine Truppen auf dem Kriegsfuße und die feindliche Armee im Lande erhalten mußte? Daß Sachsen diese ungeheuern Opfer für den Frieden bringen mußte, nachdem es bereits im Kriege der preussischen Armee den nicht hoch genug zu schätzenden Vortheil einer geregelten Naturalversorgung sammt dem täglichen Zuschuß von 10,000 Thlr. baar geliefert und mit einem gleich hohen Aufwand seine Hauptstadt zu haltbarem Stützpunkte der preussischen Armee gegen die etwaige gewaltsame Wiederkehr der eigenen Truppen umgeschaffen? Aber in Berlin raisonnirte man ganz einfach: „Die Sachsen haben's ja, — die können zahlen. Haben sie nicht hundert Mal mit ihren gefüllten Kassen geprahlt?“ Und dawider ließ sich denn sächsischerseits ebensowenig etwas einwenden, als hamburgischerseits gegen die Ausweisung eines den doppelten des Kopfszahlenverhältnisses entsprechenden Zollaversionales. Das kommt vom „Dichtkun!“

(Schluß folgt.)

Die Volkspartei im Zollparlament.

(Schluß der Reinke'schen Rede.)

Run, meine Herren, ich fürchte nicht, daß Sie mir entgegenhalten, wir können uns nicht mit der Schweiz vergleichen. In politischer Beziehung allerdings in keiner Weise, die Schweiz ist ja eine Republik, sie ist sogar eine solche Republik, welche es für einen Luxus hält, in einer einzelnen Person einen Vorsitzenden zu haben, und welche nicht auf dem Standpunkte steht, die Ausgabe zu machen, welche jährlich die anderen Europäischen Staaten mit 50 und 52 Millionen für die persönlichen Bedürfnisse ihrer Fürsten und deren Hofhaltung verausgaben. Aber wenn ich auch weit entfernt bin, in dieser Beziehung einen Vergleich anzustellen, so werden Sie doch zugeben, daß in volkswirtschaftlicher Beziehung die Schweiz wähtlich nicht so schlecht dasteht. Wir könnten uns immerhin ein Muster nehmen an ihren Finanzen.

Also, meine Herren, aus den von mir kurz entwickelten Gründen: deshalb, weil ich die Zumuthung, die an uns gestellt ist, nicht für eine solche halte, daß ich sie mit der Wichtigkeit der Aufgabe und der Würde des Zollparlamentes in Einklang bringen kann, weil mir die notwendigen Grundlagen fehlen, um ein Urtheil endgültig abzugeben, weil ich nicht in der Lage bin, über diese Vorlage nur vom prinzipiellen Standpunkte aus zu urtheilen, weil ich es nicht für gerechtfertigt halte, daß das Volk und die Vertretung desselben, die Presse, vorher nicht gehört wurde, und weil endlich keine Enquête vorher veranstaltet worden ist — deshalb halte ich es für richtig, wenn ich für mich und meine politischen Freunde Bebel und Liebknecht erkläre, daß wir uns der Abstimmung enthalten werden.

Gegen den Bamberger'schen Antrag, Einmischung in die Hessischen Angelegenheiten bezweckend, sprach (in der Sitzung vom 18. d. Mt.) Abgeordneter Liebknecht*):

Meine Herren! Ich stehe in dieser Frage wesentlich auf dem Standpunkte des Herrn Abgeordneten Mohl und des Herrn Borrédners. Ich muß die Kompetenz des Zollparlamentes zu einem solchen Antrage bestreiten. Nachdem diejenige Partei, welche aus dem Zollparlament ein Zoll-Parlament machen wollte, am Donnerstag vor acht Tagen mit ihrer Adresse in etwas unceremoniöser Weise zur Thür hinausgedrängt wurde, (Unruhe! Oho!) versucht sie jetzt — — —

Präsident (unterbrechend): Der Herr Abgeordnete thäte gut, Ausbrüche zu wählen, die auch eine Minorität des Hauses nicht in einer Weise verletzen müssen, wie eben jetzt geschehen ist.

Abgeordneter Liebknecht (fortfahrend): versucht sie jetzt durch ein Hintertörchen sich wieder hereinzuschleichen. Denn in diesem Antrage, meine Herren, kann ich nichts anders erblicken, als einen Versuch, das dünne Ende des Zollparlamentlichen Keils in Süddeutschland einzuschleichen. Die Antragsteller wünschen eine Einmischung in die Verhältnisse Süddeutschlands, die dem Zollparlament in keiner Beziehung zukommt. Derjenige Paragraph des Zollvereinsvertrags, wel-

*) Die Rede des Hrn. Liebknecht in der Berliner Volksversammlung können wir heute noch nicht mittheilen, da wir noch nicht in dem Besitze der ganzen stenographischen Aufzeichnung sind.

cher scheinbar einen Grund dazu gibt, und der vorhin von dem Herrn Abgeordneten Mohl verlesen wurde, kann deshalb hier keine Anwendung finden, weil, wie der Herr Abgeordnete Fabricius, der doch wohl der Sachverständigste unter den Hessischen Vertretern ist, ausgeführt hat, die Maximalbesteuerung in Hessen bei Weitem noch nicht erreicht ist, so daß also auch nicht einmal ein Vorwand zur Einmischung besteht. Und ich kann diesen Antrag daher nur auf die von dem Herrn Abgeordneten Bamberger neulich, weniger elegant als drastisch ausgebrütete Sehnsucht „in den Norddeutschen Bundeskäfig hineinzuspringen“, zurückführen.

Meine Herren! Wenn Herr Bamberger seinen Hessischen Nationalvereins- oder fortschrittlichen Schmerzen Ausdruck verleihen will, so hat er dazu das Recht, aber seine Schmerzen gehören nicht hier her. Die Fehler des Steuersystems in Hessen kommen am besten in der Hessischen Kammer zur Sprache, und Herr Neg, der ja auch den Antrag mit unterzeichnet hat, besitz dort die beste Gelegenheit. Meine Herren, es ist wunderbar, daß die Partei, die sich selbst die nationalliberale par excellence nennt, — ihren „Liberalismus“ gewöhnlich an dem unrichtigen Orte anbringt. So zum Beispiel war sie neulich äußerst „liberal“, als es sich um die Schwäbischen Wahlen handelte; es wurden die kleinsten Wahlbeeinflussungen und die kleinsten Unregelmäßigkeiten mit den stärksten Ausdrücken der sittlichen Entrüstung gerügt — von denselben Herren, die tausendmal größere Wahlbeeinflussungen hier in Preußen als etwas Selbstverständliches hingekommen haben. (Auf: Das ist nicht wahr! Große Unruhe.)

Das werden Sie nicht in Abrede stellen können, ich verweise Sie auf den stenographischen Bericht, da werden Sie es finden. (Widerspruch. Unruhe.)

Präsident: Es kommt nicht darauf an, daß Sie das behaupten, sondern daß Sie zu einem Hause sprechen, zu dem zu gehören Sie die Ehre haben und vor dessen Verletzung und Beschimpfung Sie sich in Acht nehmen müssen, wenn nicht das Verfahren des §. 41 der Geschäftsordnung (Ordnungsruf und Wortentziehung) auf Sie zur Anwendung gebracht werden soll. (Bravo!)

Abgeordneter Liebknecht (fortfahrend): Ich habe auf den stenographischen Bericht verwiesen und darin wird es zu finden sein. — Ganz ebenso verhält es sich mit dem „Liberalismus“ in Bezug auf die indirekten Steuern. Die demokratische Partei, der anzugehören ich die Ehre habe, war stets und ist prinzipiell gegen jede indirecte Besteuerung, aber die Partei, welche sich jetzt in diesem Antrage gegen die indirecten Steuern in Hessen wendet, hat sich im Zollparlament im Allgemeinen für die indirecten Steuern erklärt; denn was ist z. B. die Tabaksteuer anders als eine indirecte Besteuerung? Daß für Hessen aus der Zweitheilung in eine zum Nordbund gehörige und zwei nicht zum Nordbund gehörige Provinzen sehr viele Nachteile erwachsen sind, das gebe ich allerdings zu; für diese Uebel möge aber Herr Bamberger nebst seinen Freunden sich bei denen bedanken, welche die Mainlinie mitten durch Deutschland gezogen haben. Es sind diese Uebel eine notwendige Folge der Politik, die 1866 Deutschland zerrissen hat. Was die nationale Frage betrifft, die ebenfalls von Herrn Bamberger bereinzerrert worden ist, so muß ich sagen, ich wundere mich außerordentlich, wie eine Partei, welche nichts einzuwenden hatte gegen die Abtretung Luxemburgs, welche jubelte als Deutsch-Oesterreich von dem übrigen Deutschland losgetrennt wurde, das Monopol nationaler Gefinnung für sich in Anspruch nehmen kann. Meine Herren, national gefinnt, d. h. von dem Wunsche durchglüht, daß die ganze Nation auf freibürgerlicher Basis geeinigt wird, das sind gerade wir, die demokratische Partei; (Unruhe.) jener Partei dagegen, der die Herren Antragsteller angehören, bestreiten wir das Recht, sich als Vertreterin der nationalen Interessen hinzustellen. Jedenfalls gehört die Deutsche Frage nicht vor das Zollparlament, sie wird, Gott-sei Dank, wo anders gelöst werden.

In derselben Debatte sprach der Abg. Bebel:

(Vom Platz): Meine Herren! Ich werde mich möglichst kurz zu fassen suchen. (Rufe rechts: „Tribüne!“)

Präsident: Der Redner hat das Recht vom Platze zu sprechen; er wird sich Ihnen verständlich machen.

Abgeordneter Bebel: Ich denke, meine Herren, Sie werden mich da drüben schon verstehen. (Redner begibt sich auf die Tribüne.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Neg ist vorhin auf diese Stelle getreten mit dem lebhaften Berauern, daß heute am zwanzigsten Jahrestage des Deutschen Parlaments von 1848 ein ehemaliges Mitglied dieses Parlaments dem Zollparlament die Kompetenz bestreite, über den Antrag des Herrn Abgeordneten Bamberger zu beschließen. Nun es wundert mich von dem Herrn Abgeordneten Neg allerdings nicht, daß er beständig das 48er Parlament mit dem Zollparlament verwechselt; aber meine Herren, ich muß denn doch ihm gegenüber bemerken, daß zwischen damals und heute ein großer Unterschied ist, daß das 48er Parlament nach meiner Meinung hoch, hoch über dem Zollparlament steht, und daß im 48er Parlament in Wirklichkeit und

Wahrheit die Vertreter der ganzen Deutschen Nation beisammen waren, was man von diesem Zollparlament entschieden nicht sagen kann. (Bravo! links.)

Es ist kein Deutsches Parlament, was wir haben, die Vertreter von 9 1/2 Millionen Deutsch-Österreicher und die Vertreter Luxemburgs (Gelächter rechts), das nach dem Verträge sogar zu dem Zollverein gehört, sind nicht in unserer Mitte. Wie man danach also von einem Deutschen Parlament sprechen kann, kann ich nicht begreifen. Aber es ist darauf abgesehen und man hofft, daß wenn man immer und immer wieder dem Volke von einem Deutschen Parlamente spricht, das Volk schließlich gegen seine bessere Ueberzeugung zu dem Glauben gebracht werden könnte, daß dieses Zollparlament, welches in Bezug auf den Umfang der Vertretung wie auch auf die Kompetenz dem 18er Parlament auch nicht im Entferntesten ähnlich sieht, als ein gleich hoch und bedeutend dastehendes angesehen werde. (Sehr wahr! links.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Weg hat den Antrag, den er und seine Freunde gestellt haben, möglichst abzuschwächen gesucht, indem er sagte, man habe ja nicht ausgesprochen, in welcher Weise man sich das Vorgehen des Vorsitzenden des Zollbundesraths denke. Ich muß in dieser Beziehung vollständig den Ansichten, die vorhin mein Freund Liebknecht darüber ausgesprochen hat, zustimmen und möchte nur noch bemerken, daß zu diesem Antrage nur in dem Falle eine wirkliche Veranlassung gegeben gewesen wäre, wenn der Antragsteller nachgewiesen hätte, daß die Besteuerung des Weins im Hessischen Lande thatsächlich die Bestimmungen, welche in dem Zollvereinsvertrag niedergelegt sind, überschreitet. Man hat aber diese Annahmen, die von Seiten des Herrn Abgeordneten Fabricius sowohl, wie von Seiten des Herrn Bundeskommissars für das Großherzogthum Hessen bestritten worden sind, von dieser Seite nicht zu widerlegen versucht, und insofern also, meine Herren, fällt nach meiner Ansicht alle und jede Veranlassung, daß wir einen solchen Antrag annehmen.

Wenn ferner der Abgeordnete Lasker diesen Antrag als eine Beschwerde über ungerechtfertigte Besteuerung betrachtet wissen will, so kann ich seiner Ansicht nicht zustimmen, weil eben von Beschwerden keine Rede sein kann, so lange die Bestimmungen, die der Vertrag vorschreibt, in keiner Weise überschritten sind. Daß wir aber hier in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder des Zollvereins nicht eingreifen dürfen und wollen, hat der Abgeordnete Lasker sehr schön auseinandergesetzt. Ich bitte ihn, auch danach zu stimmen.

Der Abgeordnete Lasker hat weiter in seiner Rede, die meines Bedünkens einen stark schulmeisterlichen Ton annahm (Unruhe und Widerspruch), sich über die Aeußerungen ausgelassen, die in einer vor ein paar Tagen hier stattgehabten Volksversammlung gefallen sind, und Dinge berührt, die bei einer nicht stattgefundenen Adreßdebatte wahrscheinlich hätten vorkommen sollen. Ich muß nach alle Dem annehmen, daß er heute eine verhaltene, für die Adreßdebatte gemünzte Rede losgelassen hat und seinem großen Groll und Unmuth über die bewusste Volksversammlung und was dort vorgefallen ist, an entsprechender Stelle das Lust machen wollen. Mag er dies in Gottes Namen thun, für uns ist die Kritik insofern interessant und schmeichelhaft, als sie zeigt, daß man jener Versammlung eine größere Bedeutung beilegt, als wir selbst ihr Anfangs haben beilegen wollen. (Weiterkeit.)

Ferner hat mich die Ansicht des Herrn Abgeordneten Lasker außerordentlich überrascht, daß, wenn der Druck der indirekten Steuern, der beispielsweise also nach diesem Antrage Bambergers und Genossen auf dem Großherzogthum Hessen lastete, von Seiten des Zollparlamentes abzumägen nicht versucht werde, die notwendige Folge sei, daß damit ja die Kleinstaaten vernichtet würden, es also gerade in unserem Interesse läge, die wir unter den dormaligen Verhältnissen die Kleinstaaten aufrecht erhalten wollen, dem Antrage unsere Zustimmung zu geben. Mich hat, wie gesagt, diese Anschauung des betreffenden Herrn Abgeordneten außerordentlich überrascht. Es ist sonst nicht seine Gewohnheit, für die Existenz der Kleinstaaten Partei zu ergreifen, obgleich er seine Wahl zum Zollparlament einem Kleinstaate zu verdanken hat. (Große Weiterkeit.)

Meine Herren! Dieser Antrag hat eine weit tiefere Bedeutung. Man weiß recht wohl, daß, indem man die indirekten Steuern, welche die Kleinstaaten ihren Bevölkerungen auferlegt haben, möglichst zu verringern und zu beseitigen versucht, diese gezwungen sind, direkte Steuern aufzuerlegen. Wie ja allbekannt, wird durch hohe direkte Steuern natürlich die Unzufriedenheit wesentlich gesteigert. Da ist es denn ein bekanntes Mandat der Partei, welcher der Abgeordnete Lasker angehört, und der Presse, die von dieser Partei geleitet wird, daß man in einem solchen Falle gegen diejenigen geht, die eigentlich nicht einmal die Ursache einer solchen Steuererhöhung sind. Man sagt dann: seht da diese Kleinstaatslichen Regierungen, sie legen immer wieder neue Steuern auf, sie allein tragen die Schuld des Drucks, der auf uns lastet. Das ist denn ein bequemeres Mittel, den Norddeutschen Bund, die Militärverträge etc., die doch im Grunde genommen einzig und allein diese Lasten uns auferlegen, aus dem Spiele zu lassen, die Schuld

auf die Kleinstaatslichen Regierungen zu wälzen, die öffentliche Meinung gegen dieselben einzunehmen und den Wunsch bei der Bevölkerung reg zu machen, sobald wie möglich — um mit dem Abgeordneten Bambergers zu reden — in diesen Bundeskaffig hineinzugehen.

Das sind, meine Herren, in Kürze dargelegt, die geheimen Gründe, die meiner Auffassung nach für den Antrag von Bambergers und Genossen vorhanden sind, und diese können mich natürlich nur bestimmen, gegen denselben zu stimmen. (Bravo!)

Der Abg. Liebknecht entgegnete auf den Angriff des Abg. Lasker nach dem stenographischen Bericht:

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Weg hat mich vorher sehr mißverstanden. Ich habe natürlich weder ihm noch dem Herrn Abgeordneten Bambergers einen Vorwurf machen wollen wegen Dingen, mit denen Beside nichts zu schaffen haben konnten, da sie nicht Mitglieder des Norddeutschen Reichstages sind. Da der Herr Abgeordnete Lasker von Herrn Weg gegen mich angeführt wurde, so muß ich hervorgehen, daß der Abgeordnete Lasker der einzige seiner Partei war, der es bei Besprechung der württembergischen Wahlen für nöthig hielt, die preussischen Wahlbeeinflussungen zu erwähnen.

Was die Bemerkungen des Abgeordneten Lasker gegen mich betrifft, so bin ich außer Stande, ihm auf das Gebiet der parlamentarischen Pädagogik oder des theoretischen Parlamentarismus zu folgen, auf dem er so stark ist. Meine Partei geht bekanntlich von dem Gesichtspunkte aus, daß die Politik nicht in das Zollparlament gehört, und auch abgesehen hieron, haben die parlamentarischen Formen für uns außerordentlich geringen Werth. Der Herr Abgeordnete Lasker sagt, ich hätte außerhalb und innerhalb des „Parlaments“ bei verschiedenen Gelegenheiten dasselbe gesagt. Wenn er das, wie ich aus seinen Aeußerungen schließen muß, mit Bezug auf die neuliche Volksversammlung gesagt hat, so ist es einfach unrichtig, denn ich habe in jener Volksversammlung auch nicht über Einen Punkt gesprochen, über den ich heute hier gesprochen habe. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker dagegen meint, daß ich den Standpunkt des Protestes, den ich in Bezug auf die deutsche Politik im Reichstag und im Zollparlament eingenommen habe, überall und bei jeder Gelegenheit vertrete, so ist das vollständig richtig; ich muß aber sagen: diesen Vorwurf der politischen „Monotonie“ — diesen Ausdruck hat Herr Lasker, glaube ich, gebraucht — das heißt den Vorwurf, in der Politik an Prinzipien festzuhalten, betrachte ich als ein Kompliment in einer Zeit, wo das Redenungstragen Mode geworden ist, und wo ganze Parteien ihre Prinzipien wechseln wie Glacehandschuhe. (Unruhe. Rufe: Oho!)

Was endlich den Vorwurf betrifft, daß ich meinen Standpunkt hauptsächlich außerhalb des Zollparlamentes vertrete, — so ergreife ich meine Handlungsweise einfach daraus, daß ich dem Zollparlament jede politische Kompetenz bestritte. Innerhalb dessen kann ich meinen politischen Standpunkt nicht darlegen, folglich muß ich es außerhalb thun. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker nicht dasselbe thut, so hat er dazu ganz vortreffliche Gründe. Befände er sich mit der Bevölkerung von Berlin ebenso in Harmonie, wie ich mich mit ihr befände, so würde er wahrscheinlich als Vertreter Berlins hier sitzen, und nicht genöthigt gewesen sein, sich in einem der von ihm so verachteten Kleinen Staaten ein Mandat zu holen.

Gegen die Tabaksteuer sprach der Abgeordnete Schrappe:

Meine geehrten Herren! Wenn ich mich als Gegner der Vorlage zum Worte gemeldet habe, so fühle ich mich zunächst zu der Erklärung veranlaßt, daß ich, wie gegen die Regierungsvorlage, so auch gegen jedes Amendement stimmen werde. Ich meine, die einzig würdige Aufgabe des Zollparlamentes, nachdem 10 Jahre hindurch der Grundtag der Handelsfreiheit vertheidigt worden ist, und gefolgert worden, daß vor allen Dingen Preußen berufen sei, uns auf diesen Grundtag hin wirtschaftlich zu einigen, wäre gewesen, die Zölle und damit sich selbst abzuschaffen. Ich habe mit Bedauern bereits in der gestrigen Sitzung bemerkt, daß verschiedene von denjenigen Rednern, welche früher an jenem Bestreben theilnahmen, jetzt andere Grundsätze vertreten, daß sie fiskalische Rücksichten in den Vordergrund stellen; ich will wünschen, daß dies nur Ausnahmen sind, und daß nicht alle in jener Richtung thätig Gewesenen von ihren bisherigen Grundätzen abgefallen sind.

In den Motiven der Gesetvorlage habe ich einen Grund zu einer solchen Aenderung der Gesinnung nicht finden können. Ich finde, daß die Motive mit sich selbst im Widerspruch sind, im Widerspruch mit der Wissenschaft und im Widerspruch mit den früheren Erklärungen der Preussischen Regierung. Ich erinnere daran, in welcher Weise damals, als im Preussischen Abgeordnetenhaufe der Antrag des Abgeordneten Diergardt auf Erhöhung der Tabaksteuer zur Verhandlung gekommen sollte, der Preussische Kommissar sich ausgelassen hat: Er befürchtete allerdings von der Einführung einer erhöhten Tabaksteuer ganz andere Folgen, als die Motive uns in Aussicht stellten. Er erklärte damals, wie ich dies in einer Denkschrift citirt finde, Folgendes:

„Es erbeile aus den vorherigen allgemeinen Bemerkungen, daß die Regierung noch nicht in der Lage sei, sich über irgend einen Besteuerungsmodus bestimmt zu erklären, inzwischen erscheine es erforderlich, einige jenem Plane entgegenstehende Bedenken anzuführen.“

Die Verwaltung der Steuern beruhe vor anderen auf Ersparung, die Vernachlässigung gewisser aus Erfahrung hervorgegangener Grundsätze räche sich in der Regel in überraschender Weise.

In dieser Beziehung sei zunächst zu beachten, daß der Verbrauch weit verbreiteter Verzehrmittel durch Verminderung der Abgaben zunehme und durch deren Erhöhung abnehme. Im Hinblick auf den geringen Tabakverbrauch in England und Frankreich sei bei sehr hohen Abgaben ein Zurückgehen des Verbrauchs im Zollverein auf die Hälfte zu befürchten, jedenfalls sei die Annahme des Abgeordneten Carl, welcher ein Zurückgehen des Verbrauchs um ein Viertel vermüthe, eine sehr mäßige.“

Sie erlauben mir, meine Herren, daß ich dem gegenüber verlese, die Motive in dieser Richtung bemerken:

„Steht es somit fest, daß die Verminderung des Zollschatzes, welche durch Herabsetzung des Rohtabakzollses herbeigeführt wurde, sich sowohl wirtschaftlich als finanziell bewährt hat, so ist es die Aufgabe einer rationalen wirtschaftlichen und Finanzpolitik, auf dem Wege zur Herstellung eines normalen Verhältnisses zwischen Eingangszoll und inländischer Steuer fortzuschreiten. Es kann dies geschehen entweder durch weitere Ermäßigung des Eingangszollses, oder durch Erhöhung der inländischen Steuer oder durch Erhöhung des Zolls und der Steuer unter gleichzeitiger Berichtigung ihres gegenseitigen Verhältnisses. Der zuletzt gedachte Weg führt mit Sicherheit zu einer Erhöhung der Einnahmen und hat zugleich für die Tabakproduzenten den Vortheil, daß während Eingangszoll und Steuer dem Werthverhältnis des inländischen und ausländischen Tabaks mehr angepaßt wird, die Differenz, welche sie zwischen der Steuer und dem Zolle ergibt, nicht zum Nachtheil des inländischen Tabakbaues geändert zu werden braucht.“

Run, meine Herren, ich glaube der Vertreter der Königlich Preussischen Regierung, welcher im Jahre 1856 sich in der Weise geäußert hat, wie ich vorhin mittheilte, hat damals nichts Neues damit ausgesprochen, denn bereits vor 200 Jahren wurde der Satz aufgestellt, daß in Steuerfällen 2x2 nicht 4, sondern unter Umständen auch 1 ergäbe. Indes hat er jedenfalls wahr gesprochen, und die neueste Theorie in den Motiven ist noch nicht durch die Erfahrung gerechtfertigt worden. Ich glaube, daß die Motive mit sich selbst im Widerspruch stehen, indem sie Wirkungen von der Steuererhöhung erwarten, wie sie meines Erachtens gleichzeitig nicht möglich sind.

Es wird von den Vertheidigern der Tabaksteuervorlage auch von „sanitärischen Vortheilen“ gesprochen, welche ihre Annahme mit sich führen werde. Ich weiß nicht, ob man damit gemeint hat, die Veranschaulichungen der Vorlage hätten beabsichtigt, die Rückkehr zu jenen Zeiten Kleiderordnungen, wo in landesväterlicher Fürsorge die Regierungen durch Wohlsein und der bedrohten Gesundheit ihrer Untertanen sich annehmen zu müssen glaubten. Allein soviel ist klar: wenn eine Einschränkung des Tabakbaues und eine sanitärische Wirkung eintreten soll, mit einer Erhöhung der Steuererträge eintreten kann. Ich finde nun aber, daß die Nachteile der uns in Aussicht gestellten Steuer- und Zollerhöhung der Art sind, daß wir unter allen Umständen, selbst wenn man nicht gegen die indirecten Steuern an sich ist, uns dagegen erhehlen müssen. Vor allen Dingen sind es die wirtschaftlichen Nachtheile, welche ins Gewicht fallen. Es ist in dieser Beziehung bereits meine Nachlese übrig bleibt. Es ist schon bemerkt worden, wie die indirecten Steuern vor Allem auf die ärmeren Klassen der Bevölkerung den Tabakbau und die Tabakproduktion. Es ist schon angedeutet worden, wie der Tabakbau vor allen Dingen von kleinen Besitzern der Vorlage zugegeben wird. Es ist selbst von den Vertheidigern währenden teilweise zu anderen Erwerbszweigen würden übergehen müssen, daß also diejenigen Acker, welche bisher mit Tabak bebaut worden sind, zum großen Theil künftig nicht mehr mit Tabak würden bebaut werden können. Allein noch in einer andern Richtung werden Erwerbe verdrängt werden. Sie werden sich erinnern, meine Herren, daß neulich aus den Reihen der Cigarrenarbeiter wiederholt der Wunsch, daß in den öffentlichen Anstalten, wie Zuchthäusern u. dgl. nicht mehr eine Konkurrenz der freien Arbeit gemacht werden möge. Ich

meine nun, daß ein Staat um so gesunder ist, je mehr er ökonomisch selbstständige Existenzen in sich birgt, und daß der Staat auf die Erhaltung und Vermehrung der ökonomisch selbstständigen Existenzen bedacht sein müsse. Eine Erhöhung der Steuer würde aber in dieser Beziehung gerade zum Gegentheil führen. Es ist allerdings von Seiten des Bundeskommissars uns versichert worden, daß die Regierungen des Zollbundes in keiner Weise beabsichtigen, einen andern Weg in Bezug auf die Besteuerung des Tabaks künftig einzuschlagen, und daß sie also auch nicht beabsichtigen, von der Produktionssteuer, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, abzugeben. Allein, meine Herren, ich kann dieser Versicherung keinen sehr großen Werth beimessen, weil die Zeit nicht lange hinter uns liegt, wo von der officiösen Presse und von Steuerbeamten Steuerfäße als in Aussicht stehend bezeichnet worden sind, welche über die jetzigen weit hinausgehen, und zwar nicht bloß Produktionssteuern, sondern auch Fabrikationssteuern, und nach den Erfahrungen, anderer Länder wenigstens, wäre das letzte Ziel dieser schiefen Bahn nur das Monopol selbst gewesen.

Wir haben gestern von den Vertheidigern der Vorlage gehört, daß uns England als Muster hingestellt wurde, wo der Tabakbau verboten ist, ebenso Frankreich, wo das Monopol besteht, und wenn erst vor kurzer Zeit so hohe Steuerfäße beabsichtigt waren, und wenn es gestern als so nothwendig von dem Herrn Bundeskommissar und dem Abgeordneten Grumbrecht bezeichnet wurde, daß die Einnahmen bedeutend erhöht werden müßten, so müssen wir doch auch in Erwägung ziehen, daß man nicht bei der Produktionssteuer stehen bleibt, sondern daß auch zu andern Steuermodalitäten übergegangen werden wird. Das letzte Ziel, bei welchem wir in dieser Angelegenheit ankommen würden, ist das gerade Gegentheil von dem, was jetzt von den selbstständigen Tabakfabrikanten ins Auge gefaßt wird. Es wird an die Stelle der freien Arbeit die Staatsarbeit treten. Ich will gern zugeben, daß es in Berlin vielleicht zulässig erscheint, daß die kleinen Existenzen ruinirt werden und Alles in der Hand des Staates konzentriert wird. Indes ist es doch eine zu große Zumuthung für denjenigen, der nicht den gleichen Tendenzen huldigt und namentlich für die Süddeutschen, daß sie zu solchem Vorgehen die Hand bieten sollen.

Die Gesetzentwürfe motivirt die Steuer ferner durch die finanziellen Vortheile. Ich halte hier den Worten, welche wir gestern von dem Herrn Bundeskommissar gehört haben, die Worte des Königlich Preussischen Regierungskommissars vom Jahre 1856 entgegen und ich meine, daß die Regierungsvorlage eine Wirkung, wie sie jetzt erwartet wird, in keiner Weise haben werde. Wenn dies aber auch der Fall wäre, wodurch sind die großen Ausgaben motivirt worden? Wir haben hier nur zu urtheilen über die Zweckmäßigkeit der Zölle an sich, nicht über die Nothwendigkeit; nur in München, in Stuttgart, in Karlsruhe und im Reichstage des Norddeutschen Bundes kann über die Ausgaben beschloffen werden. So lange ein solches Zwitterwesen wie das Zollparlament besteht, haben wir in jeder Beziehung Ursache, die Hand auf das Geld zu halten und Nichts zu verausgaben, worüber den betreffenden Volksvertretungen keine Kontrolle zusteht. Ich lasse die Süddeutschen Staaten hierbei außer Betracht, erinnere aber daran, daß man im Norddeutschen Bunde sich auf lange Zeit in Bezug auf die Ausgaben gebunden hat und bemerke, daß ich keine Neigung habe, dem ohnehin beschränkten Budgetbewilligungsrecht des Reichstages des Norddeutschen Bundes noch weitere Schranken zu ziehen.

Die ganze Steuer ist endlich nicht politisch gerechtfertigt. Es ist uns allerdings gestern von Seiten des Herrn Bundeskommissars vorgehalten worden, wie große Ausgaben sich innerhalb des Preussischen Staates und sonst innerhalb des Norddeutschen Bundes geltend machten. In den Motiven ist ausgeführt worden, wie die Mehrzahl der Zollvereinsregierungen — also die Regierungen innerhalb des Norddeutschen Bundes — sehr nöthig Geld braucht. Dafür hat indes das Zollvereinsparlament nicht zu sorgen. Dies muß doch die Sorge derjenigen sein, welchen innerhalb des Norddeutschen Bundes die Fortführung jener Politik obliegt, welche sie gegen unseren Willen begonnen haben und am wenigsten darf es von denjenigen, welche die weitere Ausdehnung des Norddeutschen Bundes nicht wünschen, verlangt werden, daß sie die Hand und die Mittel zu dieser Politik bieten sollen. Ich glaube daher, nachdem sich als letzte Konsequenz des ganzen Vorgehens gezeigt hat, daß die Regierungen selbst und ihre Freunde von den wirtschaftlichen Grundsätzen abweichen müssen, welche sie früher vertreten haben, haben wir alle Ursache sie auf den Weg zurückzuweisen, den sie früher gewandelt waren und der Steuer ein entschiedenes Nein! entgegen zu setzen.

Aus England.

London, den 1. Juni.

Die versammelte Weisheit der britischen Nation hat ihre Reifereien auf eine Woche eingestellt, das Parlament feiert Pfingsten. Ein im Westende von London wohnhafter, irischer Auktionär wollte vorigen Montag den Ministerpräsidenten fragen, ob es wahr sei, daß die Königin krankheits halber nach Schottland gereist, und, wenn solches der Fall, ob es nicht rathsam sein würde, sie zur Abdankung zu bewegen und den Erbprinzen als Regenten einzusetzen? Das Unterhaus empfing den Fragesteller mit einem Sturm von Mißbilligung und der Präsident erklärte, daß die Frage an sich selbst nicht unparlamentarisch, aber die Art und Weise, wie sie gestellt worden, unparlamentarisch sei. Die Londoner Geschäftsleute haben sich längst über die wittfräuliche Zurückgezogenheit der tugendhaften Victoria beklagt. Ihre Loyalität wird durch den Geldbetrag bestimmt, welcher ihnen durch den Hof zugeführt wird. Die Hoffestags-Illuminationen beweisen dies am deutlichsten. Führt der Hof ein lustig-liederliches Leben in London, so muß die Aristokratie folgen und die Geschäftsleute scherzen ihr Schäfchen.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen ist es endlich gelungen, einen Prozeß gegen Gouverneur Eyre wegen der in Jamaica verübten Gräueltaten anhängig zu machen. Dem Jamaica-Komite, welches seine Verfolgung betreibt, ist es hauptsächlich darum zu thun, durch ein richterliches Urtheil zu bestimmen, welche Schandthaten der Gouverneur einer britischen Kolonie unter dem Deckmantel des Standrechts begehen darf. Die „Law Times“ schlägt vor, das Jamaica-Komite der Ver schwörung gegen Eyre anzuklagen und gerichtlich zu verfolgen.

Nach langem Zaudern hat das Unterhaus eine Bill angenommen, welche die Beamten der öffentlichen Gesundheit ermächtigen soll, irgend ein im Verfall begriffenes Haus als untauglich für menschliche Wohnungen zu erklären und den Behörden zur Pflicht machen, dergleichen verurtheilte Häuser niederzureißen und andere aufzubauen, falls es die Eigenthümer selbst nicht wollen oder können. Die großen Hauseigenthümer im Oberhause widersezten sich. Der Herzog von Somerset, ein Liberaler vom reinsten Wasser, sagte, daß es den Arbeitern ihre eigene Schuld sei, wenn sie in schlechten Wohnungen wohnen müßten; sie vertheuerten den Häuserbau durch ihre Arbeitseinstellungen und Lohnerhöhungen.

Der Bischof von London erklärte, daß, so lange keine Mittel gefunden werden, die körperlichen Zustände der Armen seiner Diözese zu verbessern, es vergebliche Mühe sei, zu versuchen, ihre geistige Lage zu heben; er billigte die Bill, die jedoch einem Komite zur Untersuchung übergeben worden, welches gleichbedeutend ist mit ihrer Beseitigung. Wir haben daher wenigstens eine geistliche Autorität, welche das körperliche Wohlfsein des Menschen als erste Bedingung des Lebens öffentlich anerkennt.

Seit mehr als zwanzig Jahren haben von Staats wegen keine gerichtlichen Verfolgungen mehr gegen die Sekularisten stattgefunden. Das gegenwärtige Ministerium scheint entschlossen zu sein, den Skandal der dreißiger und ersten Hälfte der vierziger Jahre zu erneuern. Sie hat zwei alte Parlamentsakte aus der Kumpelkammer geholt, um Bradlaugh, den heu-

tigen Führer der Ungläubigen, zu verderben. Die eine Akte verhängt eine Geldstrafe von 50 Pf. St. über den, der in einer wohlfeilen öffentlichen Schrift die durch das Gesetz etablierte Staatskirche angreift. Die andere eine Geldstrafe von 20 Pf. St. für jedes Exemplar einer solchen Publikation, die Schmähungen gegen die 39 Glaubensartikel der Staatskirche enthält. Bradlaugh hat sich, als Redakteur des „National Reformer“, beides zu Schulden kommen lassen und sich dadurch einen Prozeß auf den Hals geladen. Sein Auftreten in Betreff der irischen Frage, nicht seine Opposition gegen den christlichen Glauben, hat diese Verfolgung herbeigeführt.

In Lankashire hat man vor einigen Tagen ein vollkommen versteinertes Austerbett, 2 Fuß 4 Zoll dick und 390 Fuß unter der Erdoberfläche entdeckt. Warum nicht gerichtlich gegen die Bühler einschreiten, die fortwährend Löcher in die Erdrinde bohren? Sie unterminiren die offenbarte Religion, ihre Entdeckungen erschüttern die Grundfesten der Kirche.

Wir leben in einem Zeitalter, wo die überlieferten Grundfesten morsch werden. Der Stock und der Galgen wurden seit undenklichen Zeiten als die Grundpfeiler der öffentlichen Ordnung betrachtet. Der Stock ist theilweise beseitigt, der Galgen in die Gefängnisse verbannt. Die Hinrichtung von Barrett war die letzte öffentliche Hängerei. Er war verurtheilt, ehe das Gesetz, daß die Hängerei hinter verschlossenen Thüren stattfinden soll, angenommen wurde. Die Vorsichtsmaßregeln, welche man gegen den etwaigen Zudrang ungeladener Gäste getroffen, erwiesen sich als nutzlos. Nur eine geringe Anzahl von Zuschauern fand sich ein. Im Gefängniß wurde es den Vertretern der öffentlichen Presse nicht gestattet, die letzten Worte des Verurtheilten zu hören, auf dem Schaffot machte er keine Miene zu sprechen. Die Behörden sind der politischen Galgenreden überdrüssig, die Redefreiheit hat ihre Grenzen.

Seit dem Londoner Schneiderprozeß des vorigen Jahres ist eine neue Verfolgungsmanier gegen die Arbeiter aufgetaucht. In frühern Zeiten wurden Arbeiter-Vereinigungen als solche vor dem Gesetz als Verschwörungen behandelt und bestraft, heute gilt es als Verschwörung, wenn bei Gelegenheit einer Arbeitseinstellung die Arbeiter die Zugänge zu den Baustellen oder Werkstätten mit Pikets besetzen, um fremde Arbeiter abzuhalten ihre Plätze einzunehmen. Das Piketiren ist so alt als die Arbeitseinstellungen selbst. Bis zum vorigen August wurde es nur für strafbar gehalten, wenn sich die Wachposten bei Gewaltthaten verhalten ließen. Im Schneiderprozeß wurde es so ausgelegt, daß ein Wort, oder eine Miene eine beabsichtigte Einschüchterung sei, und wenn sich mehrere Personen verabreden, diese Art Einschüchterung auszuführen, so sei es Verschwörung, die Verschwörung wird mit Gefängnißstrafe geahndet. Die Arbeitgeber haben durch diese Auslegung ein Mittel erhalten, dem verhassten Piketiren Einhalt zu thun. Wo ein Pikets sehen lassen, wird der betreffende Vorstand gefänglich eingezogen und nur unter der Bedingung, daß das Piketiren eingestellt werde, und gegen ansehnliche Bürgschaft, sich zu verhalten, freigelassen. Im Laufe der Woche wurde der Vorstand der Maurer zu Liverpool verhaftet und unter erwähnten Bedingungen in Freiheit gesetzt. Bis jetzt haben sich noch keine Märtyrer gefunden, die lieber ins Gefängniß gewandert, als den Kapitalisten den Gefallen erzeigt hätten, die Wachposten zurückzuziehen.

Johann Jakob zum demokratischen Programm.

Der demokratische Verein zu Hamburg hatte sich an Dr. Johann Jakob gewendet, um demselben seine Pläne wegen Organisation der demokratischen Partei in Deutschland vorzulegen und sich dessen Rath zu erbitten. Darauf ist folgende von der „Zukunft“ veröffentlichte Antwort ergangen:

Hrn. Dr. Joh. Aug. Rambach, Rechtsanwalt in Hamburg.
Königsberg, 24. Mai 1868.

Entschuldigen Sie, geehrter Herr, daß ich Ihre — im Auftrage des demokratischen Vereins zu Hamburg an mich gerichtete Zuschrift erst heute beantworte.

Ich theile vollkommen Ihre Ansicht, daß eine Organisation der demokratischen Partei in Deutschland dringend geboten ist. Auch mit dem von Ihnen entworfenen Organisationsplan bin ich im Wesentlichen einverstanden, erlaube mir aber Folgendes dabei zu bemerken:

Vor allem scheint es mir erforderlich, ein festes Parteiprogramm aufzustellen. Die Bezeichnung: „demokratisch“, — selbst wenn man die Worte „radikal“, rein“, „entschieden“ hinzusetzt, — bietet keinen Schutz gegen den Zutritt unsicherer, schwankender Elemente, die — erfahrungsgemäß — der Wirksamkeit einer Partei mehr schädlich, als förderlich sind. Erst wenn das Ziel und die Grundsätze der Demokratie klar und unzweideutig ausgesprochen, erst wenn eine Zahl gleichgesinnter Männer sich um die gemeinsame, Allen erkennbare Fahne geschaart hat, kann von Gliederung und Organisation die Rede sein. Die Ansprache, die ich am 30. Januar an meine Wähler gerichtet, sollte meinerseits die Aufstellung eines solchen Parteiprogramms vorbereiten; seitdem hat die „Zukunft“ in ihren Leitartikeln die Sache näher besprochen, insbesondere eine Verständigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland herbeizuführen gesucht; den gleichen Zweck hat die Volksversammlung in Berlin vom 14. Mai verfolgt, — und es ist überall kein Zweifel, daß es in kurzem gelingen wird, die Freunde der Freiheit und des Gesamt Vaterlands auf Grund eines festen, scharf formulirten Programms zu vereinigen. Als bestimmend hebe ich besonders nachstehende Gesichtspunkte hervor.

Das Ziel der demokratischen Partei (Deutsche Volkspartei) ist:

Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengeficht trägt.

Demgemäß ist

1) auf politischem Gebiete die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes zu erstreben.

Das zur Zeit bestehende Repräsentativ-System entspricht eben so wenig wie die Einzelherrschaft dem demokratischen Gleichheitsprinzip. Wenn die politische Thätigkeit des Volkes sich darauf beschränkt, Vertreter zu wählen, denen es seine bindende Aufträge erteilen darf, — die es nicht abweisen kann, — deren Beschlüsse und Willenserklärungen es unbedingt gelten lassen muß, so ist das Volk, — unter Vormundschaft seiner Abgeordneten — nicht minder unfrei als unter dem absoluten Regiment eines Einzelvormundes. Nihil de nobis sine nobis! Selbstthätig muß das Volk Theil haben an der Entscheidung aller öffentlichen Angelegenheiten, um Herr des eigenen Geschicks, Herr seiner selbst zu sein.

Die logische Konsequenz des allgemeinen direkten Wahlrechts ist — allgemeine direkte Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung wie an der Regierung des Staates. Nur wer dies anerkennt, ist in Wahrheit Demokrat.

2) Auf dem sozialen Gebiete ist die Theilnahme Aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Vertheilung der materiellen Güter zu erstreben. Dies aber ist nur möglich bei gerechter Vertheilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit.

Die Arbeiterbewegung — der weitaus wichtigste Charakterzug unserer Zeit — ist eine bloße Magenfrage, sie ist eine Frage der Kultur und der Humanität. Es handelt sich darum, einerseits dem Machtmißbrauche des Großkapitals und des Großgrundbesizes, der gewinnsüchtigen Ausbeutung der Arbeitskraft des Besitzlosen, Schranken zu setzen, — andererseits dem Arbeiter — statt des lärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohnes — den ihm gebührenden Antheil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente, das ist die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu sichern. „Die demokratische Partei“ — so heißt es in der oben erwähnten Ansprache — „muß aufhören, eine bloß politische Partei zu sein, muß die Umgestaltung der sozialen Mißverhältnisse, die Hebung der arbeitenden und nothleidenden Mitbürger sich zur Aufgabe machen, — sie muß im wahren Sinne des Wortes eine Volkspartei werden.“

Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand mit einander gehen; so nur ist das — Beiden gemeinsame Ziel: Veredelung des Menschen, zu erreichen. —

3) Auf dem nationalen Gebiete endlich hat die demokratische Partei das jedem Volke wie jedem einzelnen Volkstamme zustehende Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen.

Die auf Rechtsgleichheit gegründete freie Vereinigung aller deutschen Stämme, der freie deutsche Bundesstaat, ist ihr nächstes Ziel, — das fernere: der Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas.

Wer irgend eine Art Oberherrschaft oder Hegemonie des einen Volkes über das andere, des einen Volkstammes über den anderen will, mit anderen Worten — wer die vermeintliche „Macht und Ehre“ irgend eines Volkes oder Volkstammes, das sogenannte „National-Interesse“, höher stellt als die Forderungen des Rechts und der Freiheit, — der zählt nicht zur Volkspartei. —

Dies sind, unserer Ueberzeugung nach — die Grundsätze, zu denen sich jeder Demokrat zu bekennen, für die er überall und jederzeit mit ganzer Kraft einzutreten hat. Wer nicht den ersten Willen in sich trägt, — mit Unterordnung aller persönlichen Interessen — für die Verwirklichung dieser Grundsätze zu kämpfen, — wer nicht die Erreichung des vorgesezten Ziels sich zur Lebensaufgabe macht, der dient der Partei am besten, wenn er ihr fern bleibt. —

Die Ereignisse der letzten Jahre haben die Begriffe derer, die sehen wollen, geklärt, die Herzen und Nieren der Menschen geprüft, Bismarcks Politik hat den Demokraten in die Hände gearbeitet. An uns ist es, die Günst des Augenblicks zu nutzen! —

Mit brüderlichem Gruß Ihr

Dr. Joh. Jakob.

Von Hrn. Wilhelmi geht uns folgendes offene Schreiben zu, dessen Aufnahme von den Berliner Blättern verweigert wurde:

„Wie ich aus dem Berichte der „Zukunft“ über die Versammlung zur Verständigung der süd- und norddeutschen Demokratie ersehe, bin ich wegen der verschiedenen Unterbrechungen und Unruhe nicht verstanden worden, und resp. ist die angedeutete Wendung gegen Liebknecht, zumal nach der einseitigen Wiedergabe in anderen Blättern, leicht mißzuverstehen. Ich erlaube mir daher, zur unparteiischen Beurtheilung das Gesagte hier näher wiederzugeben:

Ich muß dem sonst bewährten Gesinnungsgenossen Herrn Liebknecht doch insofern entgegenreten, als er in der Verwerfung Preußens zu weit geht. Die historische Wahrheit gebietet vielmehr anzuerkennen, daß Preußen im Allgemeinen der nationale Schutz Deutschlands nach Außen gewesen, und die Hohenpollern keineswegs bloße Hausmachtspolitik (à la Habsburg) getrieben. Das Jahr 1813 ist insbesondere auch nicht mit den „Errungenschaften“ von heute zu vergleichen. Dem damaligen Preußen haben wir es vielmehr lediglich zu verdanken, daß wir noch Deutsche und keine Franzosen sind. Im Uebrigen aber stimme ich Herrn Liebknecht vollständig bei: Das gegenwärtige Preußen eignet sich in keiner Weise zu einer wahren d. h. freien deutschen Einigung. Der erste gehörte süddeutsche Abgeordnete hat sich so geäußert, als ob wir Preußen die besiegten Süddeutschen mißachten könnten! Ich meine, wir haben dazu so wenig Ursache, daß wir vielmehr zur Demuth ihnen gegenüber gestimmt sein müssen. Denn während wir unheilvolle Früchte der Macht erlangen, haben jene, wie sie uns gezeigt, segensvollste Früchte des Rechtes und der Freiheit aufzuweisen. Und während wir im Siegesjubel der militärischen Fahne uns ergangen, haben wir andererseits gleichermaßen die Fahne des Rechts flüchtig preisgegeben! — Mein Antrag sucht den Weg an die Hand zu geben, auf letzteren wieder zurückzukommen und so unseren süddeutschen Brüdern zu begegnen zu allseitiger, wahrer, freier Einigung.

Der Antrag selbst kam bekanntlich aus den angedeuteten Gründen nicht zur Verlesung. Sonst würde er sich selber wohl am Besten gerechtfertigt haben; auch stelle ich eventuell die Mittheilung nachträglich anheim und beschränke mich hier nur auf die Hervorhebung, daß er unter Andern die rechtliche Bekämpfung des Nordbundes mit seiner „nationalen Gefahr“ empfahl und die widerwillig Einverleibten ihrem bundesstaatlichen Selbstbestimmungsrechte zurückgegeben wissen wollte, wie dies ja auch an dem Abende bald darauf seine merkwürdige Illustration erhielt. (In dem Streite des wackeren Schleswig-Holsteiners Lippert contra Waldeck und Consorten, pet. „Menschenhandel“ — ein ominöser Schluß!). — Zur historischen Würdigung des ganzen hier gedachten Zwiepsaltes aber erlaube ich mir auf meine (auch Herrn Liebknecht gewidmete) bereits vor dem Kriege 1866 (bei H. Wegener in Berlin) erschienene Schrift: „die staatliche Entwicklung Deutschlands mit besonderer Beziehung auf Schleswig-Holstein“ u. s. w. zu verweisen, deren weiterer Beleg durch die Specialgeschichte resp. auch bereits zum Drucke fertig ist. Vergl. z. B. S. 29 der ersteren — auch zur Rechtfertigung der Süddeutschen — das an der Hand der unparteiischen Geschichte gezogene Resümée:

— Von Innen heraus die Freiheit und auf der Freiheit die Macht der Einheit zu begründen. Denn wie gefährlich auch insbesondere eine vorzeitige und übermäßige Einheit sein würde, das bewiesen die großen despotischen Staaten, das bewies für Deutschland namentlich Oesterreich, und selbst das Preußen in seiner heutigen noch unfreien Gestalt. Oder wie würde es um Deutschlands innere Freiheit stehen, wenn v. Bismarck nicht bloß preussischer (resp. heute zum Theil norddeutscher), sondern deutscher Reichsminister wäre? dann dürfte die Copie Napoleons wohl vollständig zutreffen, statt daß jetzt, wie früher, Dank der staatlichen Vielgestaltung Deutschlands, so lange die Macht nur Macht sein will, dafür gesorgt ward, daß sie an ihres Gleichen eine Schranke finde. Und eine völlige Verschmelzung nach Art des Romanenthums mit Beseitigung der Einzelstaaten und ihrer fürstlichen Repräsentanten würde durch den Geist der deutschen Geschichte überhaupt nicht indicirt sein; vielmehr erwiesen sich die Fürsten im Ganzen, wie wir sahen, — Ausnahmen besträtigen nur die Regel — in allen Hauptentwickelungsphasen als würdige Häupter der Nation (in ihren verschiedenen Theilen), als deren nationalpolitische Vorkämpfer, als Anbänger ihres allgemeinen Wohles, als Hort ihrer religiösen, human-geistigen und endlich auch politischen Freiheit und Selbstständigkeit (dies vor Allem nach Innen; und insofern dergleichen noch zu wünschen übrig

blieb, darf nicht vergessen werden, daß auch das Volk sich solche Güter werth machen, sie erringen muß; und auch die besten Fürsten immerhin Menschen bleiben. Daher ihre konstitutionelle Beschränkung und Zurückführung auf den Volkswillen, aber nicht Abtödtung unbedingt geboten! Nach Außen erwiesen sie sich freilich in ihrer Wehrheit als solche auf die Dauer unzulänglich und verwiesen auf die Nothwendigkeit einer zusammenfassenden starken Centralgewalt). — Wofür nicht minder die Geschichte Schleswig-Holstein's — bis heute! — ein merkwürdiges Beispiel liefert. Nicht launischer Eigennuß daher, sondern der historisch gerechtfertigte, von seinem innersten Lebensprinzip durchdrungene vernünftige Volkswille ist es, welcher hier wie dort die eigene Haupt gewahrt wissen will vor unberufenen Eingriffen fremder Anmaßung und Ungebühr, und mit vollem Grunde weit die eigene Fürstentherrschaft in Schutz nimmt, abgesehen von seinem alleinigen Rechte der Bestimmung seines desfallsigen Geschickes. Wer dies anfechten wollte, würde nur sich selber treffen! — u. s. w.

Auch ist dort das Weitere pro und contra Preußen gesagt.

Berlin im Mai 1868.

(Vergl. übrigens die „Fünf Fragen eines Deutsch-Preußen“ — von Demselben — in Nr. 2 dieses Wochenblattes.)

Das polnische Monument in der Schweiz *)

Billa Brölberg bei Zürich, den 22. April 1868.

Herr Redakteur!

Wenn eine Nation nach Jahrhunderten der Unabhängigkeit sich dieselbe durch eine dreifache fremde Invasión entziffen sieht, wenn nach hundertjährigem Kampfe mit einem unerbittlichen Feinde und nach dem Ruin des Landes sie sich selbst in ihrem Namen bedroht sieht, kann dieselbe nicht ängstlich genug ihre moralische Existenz wahren, da diese ihre Nationalität und ihre Rechte bekundet.

Unter dem Einflusse dieser Empfindungen glauben Patrioten in Polen und deren Freunde, die Erinnerung an den hundertjährigen Freiheitskrieg ihres Landes verewigen zu müssen, indem sie in der Schweiz ein Denkmal errichten, wozu ihnen daselbst von einigen Municipalbehörden vortheilhafte Anerbietungen bezüglich des Platzes gemacht wurden.

Im Laufe dieses Sommers wird an einem der schönsten Punkte an den Ufern des Züricher See's, auf den Höhen von Rapperswyl, das von Fremden stark besucht wird, ein schönes Denkmal stehen, welches, Polen geweiht, als fortwährende Protestation seiner unverjährten Rechte dienen soll, und die Welt an den Frevler seiner Theilung, sowie an die Nothwendigkeit einer Sühnung erinnere.

Bedeutende Persönlichkeiten interessiren sich bereits für die patriotische Kundgebung, und gemeinschaftliche Bestrebungen werden, wie man hofft, die schweren damit verknüpften Lasten zu erleichtern helfen.

Indem ich mich an jene wende, welchen die polnische Sache theuer ist, erfülle ich eine Pflicht und drücke die Hoffnungen derer aus, die zuerst dieses edle Werk der Gerechtigkeit und Freiheit begannen.

Genehmigen Sie zc.

(unterzeichnet): Graf Ladislas Plater.

Das Denkmal besteht aus einer 28 Fuß hohen Säule von schwarzem Marmor, welche auf drei Granitstufen ruht und mit einem Adler mit ausgebreiteten Flügeln gekrönt ist. Am untern Theile werden auf vier Tafeln geschichtliche Inschriften und die polnischen Wappen angebracht werden. Die ganze mit einem schönen Geländer umgeben.

*) In Folge der Abwesenheit des Redakteurs wurde die Aufnahme verzögert.